



DIE GRÜNEN LUSTENAU

GENERALDEBATTENBEITRAG ZUM VORANSCHLAG 2026

EVELINE MAIRER (DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Lieber Patrick!
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevorstand!
Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns.

Nicht nur die Konstituierung der Gemeindevorstand brachte Neuerungen, auch der Gemeindevorstand tagt nun in deutlich gewandelter Zusammensetzung. Am sichtbarsten jedoch zeigt sich die Veränderung beim Wechsel an der Spitze unserer Gemeinde.

Bereits vor der Wahl im März dieses Jahres war klar, dass eine neue Person das Bürgermeisteramt bekleiden wird. Das Rennen um diese Funktion hätte spannender kaum sein können: In einem echten Kopf-an-Kopf-Duell trennten Simon Vetter, unseren Kandidaten der Grünen, und den freiheitlichen Bewerber Martin Fitz lediglich 16 Stimmen (bei 9498 abgegebene Stimmen). So kam es schließlich zur Stichwahl Wiedl gegen Fitz, aus der Patrick Wiedl als neuer Bürgermeister hervorging.

Mit dem Wechsel an der Spitze kam auch ein neuer Stil der Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, dass nur im gemeinsamen Diskurs am Ende des Tages die besten Entscheidungen für Lustenau getroffen werden. Wir wissen daher den neuen politischen Dialog und den wertschätzenden Umgang auch bei unterschiedlichen Meinungen sehr zu schätzen und hoffen, dass dies auch in Zukunft das politische Handeln prägen wird, besonders dann, wenn die Ansichten gänzlich andere sind.

Aber nicht nur beim Thema Zusammenarbeit, auch inhaltlich hätten wir uns gewünscht, dass nach der Wahl die Weichen völlig neu gestellt werden. Hier zeigte sich jedoch sehr schnell, dass viele ausgetretene Wege auch weiterhin befahren werden. Angesichts der äußerst prekären finanziellen Lage hätte es aus unserer Sicht jedoch einen radikaleren Richtungswechsel benötigt. Wenn man den heutigen VA 2026 betrachtet, sieht man eines auf den ersten Blick: Wir fahren derzeit finanziell schneller in die roten Zahlen als der Shinkansen durch Tokio – nur leider ohne dessen Präzision oder Sicherheitsvorkehrungen.

Unsere Verschuldung wird im kommenden Jahr um weitere 17 Millionen ansteigen.

Diese 17 Millionen alleine sind schon viel, das ganze Ausmaß zeigt sich jedoch erst dann, wenn man den Blick in die Vergangenheit richtet und dabei meine ich keineswegs Jahrzehnte umspannende Horizonte. Denn erst vor zwei Jahren, im Jahr 2024 haben wir die 100-Millionen-Euro-Marke bei der Verschuldung geknackt. Nur zwei Jahre später stehen wir bei einem Schuldenstand von annähernd 140 Millionen Euro. Von 100 Millionen auf 140 Millionen in nur zwei Jahren! Das ist nicht nur unverantwortlich, sondern fahrlässig. Denn durch diese Form der Budgetpolitik hinterlassen wir der nächsten Generation eine Schuldenlast noch nie da gewesenen Ausmaßes und berauben sie dadurch wichtiger Handlungsspielräume.

Die Verantwortung können wir auch nicht weiter nur auf strukturelle oder wirtschaftliche Herausforderungen wie z.B. der Abschaffung der kalten Progression, gestiegenen Lohnkosten oder erhöhten Zinsen schieben. Denn wenn man die Pro-Kopf-Verschuldung von Lustenau mit jener von Vorarlberger Städten oder größeren Gemeinden im Rheintal vergleicht, die alle unter den mehr oder weniger gleichen strukturellen und wirtschaftlichen Bedingungen agieren müssen, zeigt sich auch hier ein verheerendes Bild.

Während Lustenau im vergangenen Jahr 2024 eine Pro-Kopf-Verschuldung von EUR 5.065,00 aufwies, lag die P-K-V von Dornbirn bei nur EUR 3.801 und die von Hohenems bei lediglich 1530 Euro.

Noch einmal zum Vergleich: Lustenau lag bei über 5000 Euro, Hohenems bei etwas mehr als 1500 Euro. Und trotz der deutlich bessern P-K-V wird Hohenems im kommenden Jahr die Verschuldung um 1,9 Millionen Euro senken und begründet dies damit, dass sie all ihre Investitionen konsequent auf Wirksamkeit und langfristigen Nutzen überprüfen wollen.

Diese Zahlen der P-K-V der Statistik Austria stammen von Anfang 2024.

Seit der Veröffentlichung dieser Zahlen durch die Statistik Austria hat sich unsere Verschuldung jedoch um 35 Millionen vergrößert, wenn wir die budgetierten 17 Millionen aus dem VA 26 hinzunehmen. 35 Millionen, die hinzugekommen sind, seit wir im Benchmark mit den anderen Städten und größeren Gemeinden im Rheintal unangefochtene Sieger in der Pro-Kopf-Verschuldung sind. Ein Stockerlplatz, auf den ich gut und gerne verzichten würde.

Wenn wir schon von Stockerlplätzen sprechen: Die neue politische Gemeindespitze von Lustenau zeichnet sich vor allem durch eines aus: die Liebe zum Sport. Im Spitzensport entscheiden manchmal hundertstel Sekunden, ob man im Spitzensport mitmischte oder nicht. Sie können letzten Endes den Unterschied zwischen Sieg und Niederlag ausmachen. Ich würde mir diesen sportlichen Ehrgeiz und diese Präzision auch bei der Budgetpolitik wünschen. Im Moment habe ich jedoch das Gefühl, es zählt einzig der Olympische Gedanke: „Dabei sein ist alles!“ Und wir sind trotz katastrophaler Finanzlage weiterhin überall dabei – egal ob es einen gesetzlichen Auftrag gibt oder wie uns vor wenigen Wochen BDO erklärte, es nur Ermessensausgaben sind. Und genau dieser „Ermessensbereich“, also jene Ausgaben, für die es keinerlei Auftrag oder Verpflichtung gibt, macht in unserem Budget knapp ein Drittel aller Ausgaben aus.

Die angesprochene BDO ist ein Consulting-Unternehmen, das im Sommer dieses Jahres damit beauftragt wurde, unsere Finanzen zu analysieren und Sparpotentiale zu eruieren.

Doch wenn wir ehrlich sind, bräuchten wir keine externen Berater. Wir alle wüssten ganz genau, was zu tun ist: nämlich in erster Linie die Konzentration auf die Kernaufgaben der Gemeinde zu richten, eine klare Priorisierung der Projekte vorzunehmen und manchmal auch den zu Mut haben „Nein.“ zu sagen. Lediglich 3 Punkte bräuchte es, damit unser Gemeindefinanzen-Zug wieder Fahrt in die richtige Richtung aufnimmt. Ich möchte nun auf diese 3 genannten Punkte (Konzentration auf die Kernaufgaben, klare Priorisierung und den nötigen Mut) noch etwas genauer eingehen:

1. Pflichtaufgaben

Nur rund 40 Prozent unserer Ausgaben sind Pflichtausgaben, also jene Ausgaben, mit einem gesetzlichen Auftrag (beispielsweise der Bereich Bildung, die Wasser- und Abwasserversorgung oder die Abfallbeseitigung) oder sind durch Verträge festgelegt (z.B. Kredittilgungen und Zinszahlungen). Daher sollte bei jeder Ausgabe stets überlegt werden: Was ist eigentlich der öffentliche Auftrag?

Wenn wir unseren Fokus in den nächsten Jahren verstärkt auf die Kernaufgaben der Gemeinde konzentrieren, wird es sicherlich Menschen geben, die ächzen, weil Liebgewonnenes aufgegeben oder Gewohnheiten verändert werden müssen. Aber ich bin überzeugt, wenn Einschränkungen und Sparmaßnahmen alle gleichermaßen treffen, wird das Verständnis für Sparmaßnahmen deutlich größer sein. Im heurigen Budget fahren aber einige weiterhin in der First Class, während andere in die 2. Klasse verfrachtet wurden.

2. Priorisierung:

Ich bin Mama von 3 Kindern und jene unter Ihnen, die selbst Kinder oder Enkelkinder haben werden mir beipflichten: Jedes Kind hat viele und große Wünsche. Und jedes Kind ist überzeugt, seine Wünsche sind die wichtigsten und müssen unverzüglich erfüllt werden.

Als Mama ist es dann meine Aufgabe abzuwägen, welche dieser Wünsche wirklich und auch auf lange Sicht wichtig sind, welcher Wunsch warten kann und welcher vielleicht gemeinschaftlich für alle drei meiner Kinder erfüllt werden kann.

Auch als Kommune ist es unsere Aufgabe abzuwägen, welche Wünsche für uns als Gemeinde wichtig sind. Dabei dürfen wir uns niemals von Partikularinteressen von einigen wenigen, jedoch lautstarken Stimmen, im kritischsten Fall sogar von uns persönlich nahestehenden Menschen, beeinflussen lassen. Unser Ziel muss stets sein, möglichst viele Menschen mit unseren Ausgaben zu erreichen und mit völlig objektivem

Blick die Entscheidungen zu treffen. Denn jeder Euro, den wir investieren gehört uns ALLEN, somit sollte jeder einzelne Euro auch möglichst vielen in unserer Gemeinde zugutekommen und nicht in erster Linie Menschen, die uns nahestehen oder unsere eigenen Interessen teilen.

Wichtig ist dabei, dass wir bei den Planungen stets langfristige Horizonte oder gesellschaftliche Entwicklungen (beispielsweise die rasante Entwicklung im Bereich Ganztagschule und Mittagessen für Kinder) sowie mögliche Synergien mitberücksichtigen. Es müssen Mehrfachnutzen angedacht und die Auslastung von jeglicher Infrastruktur optimiert werden.

Bei einer klaren Priorisierung unserer Projekte erhalten Institutionen, Vereine oder auch einzelne Bürger Planungssicherheit. Und gerade im Hinblick auf das nahende Weihnachtsfest wissen wir doch nur allzu gut: Vorfreude ist die schönste Freude.

3. Mut

Alle Berater dieser Welt, alle Consultingberichte, die wir schon haben oder noch folgen werden, alle Konzepte und Überlegungen, die wir ausarbeiten: All dies wird uns nichts nützen, wenn uns am Ende der Mut fehlt, Dinge anzugehen, neue Wege einzuschlagen, Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie unangenehm sind, und nicht zuletzt endlich lernen nein zu sagen.

An dieser Stelle möchte ich den Mobilitätsreferenten der FPÖ, Tobias Kögl, für seinen Mut lobend hervorheben. Wir beschließen noch in dieser Sitzung eine neue Verordnung zu den Parkgebühren. Dass dieser längst fällige Schritt ausgerechnet aus einem freiheitlich geführten Ressort kommt, wird wohl viele überraschen. Wird doch der Obmann der freiheitlichen Partei nicht müde, sich bei jeder erdenklichen Gelegenheit für die Rechte und insbesondere Vorteile zugunsten der stärkeren Autofahrer einzusetzen. Umso erfreulicher ist es, wenn Menschen über ihren eigenen Tellerrad hinausblicken, nicht nur parteipolitisches Kleingeld aus ihren Handlungen schlagen, sondern sich für einen verantwortungsvollen Weg zum Wohle aller entscheiden.

Diesen Mut, mit Entscheidungen nicht nur die eigene Wählerschaft in den Fokus zu nehmen, rechnen wir dir, lieber Tobias, sehr hoch an. Wenn man in den VA2026 schaut, haben das jedoch noch nicht alle verstanden und bedienen trotz besorgniserregender Finanzlage weiterhin ihre Wählerschaft oder (Partei-)Freunde.

Aufgrund des gebotenen Sparzwanges müssen daher in nächster Zeit vor allem die gesetzlichen Aufgaben Priorität haben. So werden wir auch nach Abschluss der Bauarbeiten am Campus Rotkreuz im Sommer 26 weiterhin kräftig in den Bildungsbereich investieren müssen.

Nicht allein deshalb, weil der Campus RK trotz Baukosten von annähernd 50 Millionen Euro deutlich zu klein dimensioniert war und er nicht für alle Kinder im Norden Lustenaus ausreichend Platz bieten wird. Auch die VS Kirchdorf ist seit vielen Jahren an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Daher muss nun die Ausweichschule „Am Schlatt“ auch nach Bezug der sanierten VS Rotkreuz weiterhin als Schule genutzt werden. Für die Lehrpersonen und Schüler:innen braucht es jedoch rasch eine Perspektive, wo sie die nächsten Jahre unterrichten und lernen werden. Dass eine Containerschule mit ihren lärm- und klimatechnischen Bedingungen niemals ein optimaler Lernraum sein wird und nur als Notlösung herhalten sollte, darüber sind wir uns doch sicherlich alle einig.

Aber auch im Kindergartenbereich haben wir dringenden Handlungsbedarf. Auch dies sind keineswegs Ermessensaufgaben, die wir uns aussuchen können. Das ist eine der per Gesetz zugewiesenen Kernaufgaben, die erfüllt sein sollten oder vielmehr müssen, bevor wir überhaupt nur daran denken in Ermessensaufgaben zu investieren. Auch hier weisen wir Grüne nicht erst seit dem neuen KBBG gebetsmühlenartig auf die fehlenden Plätze im Kindergarten hin.

Beim KBBG handelt es sich um das im Jahr 2022 im Vorarlberger Landtag beschlossene Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz. Dies besagt, dass Gemeinden für jedes Kind im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ganztägig und ganzjährig mit vier Wochen Schließzeit einen geeigneten Betreuungsplatz bereitstellen müssen. Von dieser Zielerfüllen, nämlich allen 3-jährigen einen Platz in einem KiGa bieten zu

können, sind wir auch Jahre nach Beschluss des neuen Gesetzes noch weit entfernt – nämlich ganze 10 Kindergartengruppen. Wir sind daher gut beraten, so rasch als möglich unsere KiGa-Plätze zu erweitern. Was jedoch erschwerend hinzukommt ist die immer herausfordernde Suche nach geeignetem und gut ausgebildetem Kindergartenpersonal. Der diesjährige Beschäftigungsrahmenplan der MG Lustenau zeigt dies bereits jetzt sehr deutlich. Es ist daher in unser aller Interesse für beste Arbeits- und Rahmenbedingungen im Kindergartenbereich zu sorgen, um ausreichend gut qualifiziertes Personal zu bekommen, aber auch bei uns zu halten. In den letzten Jahren haben viele Pädagoginnen dem Kindergarten den Rücken gekehrt und haben entweder in die Schule, in andere Gemeinden oder in eine gänzlich andere Branche gewechselt. Wir können es uns nicht leisten, nur eine einzige von diesen Frauen zu verlieren. Und ich spreche hier bewusst von Frauen, weil in unseren Kindergärten abgesehen vom Zivi und dem Kindiwart ausschließlich Frauen arbeiten. Mit dieser 100 %igen Frauenquote werden auch strukturelle und gesellschaftliche Probleme frei Haus mitgeliefert, denn Berufe mit hoher Frauenquote werden in Österreich immer noch deutlich schlechter bezahlt.

Die Veränderungen in den letzten Jahren haben diesen für uns als Gesellschaft so wichtigen Beruf immer unattraktiver gemacht: So sind die Gruppen in den letzten Jahren deutlich heterogener geworden, die Zahl der Kinder mit besonderen Bedürfnissen steigt rasant (bereits jetzt ist jede zweite KiGa-Gruppe in Lustenau eine Integrationsgruppe), die Bezahlung ist schlecht (bereits ein Praktikant beim großen Beschlügehersteller verdient mehr), es gibt immer noch eine gesellschaftliche Geringschätzung und die Pädagoginnen erhalten bei 40 Wochenarbeitsstunden lediglich 5 Urlaubswochen (ja, Sie haben richtig gehört!) pro Jahr. Dieser ganze Ballast ist nur mit großem Idealismus und der Liebe zu den Kindern möglich! An dieser Stelle meine Hochachtung und mein herzlichster Dank an alle Pädagoginnen und Mitarbeiterinnen in den vielen Lustenauer Kindergärten.

Aber nicht nur im Kindergarten hat sich in den letzten Jahren ein massiver Wandel vollzogen. Auch gesamtgesellschaftlich verändert sich unser Alltag so rasant wie selten zuvor. Als Gemeinderätin für Digitalisierung werde ich öfters gefragt: „Evi, wird KI mich ersetzen?“ Meine Antwort lautet dann: „Nein, KI wird dich nicht ersetzen, aber möglicherweise ein Mensch, der KI sinnvoll zu nutzen weiß!“ Denn eines ist klar, KI ist gekommen, um zu bleiben und verändert gerade unseren Alltag in atemberaubendem Tempo. Bereits aus der Evolutionsgeschichte wissen wir: wer sich am schnellsten und besten anpasst, ist am erfolgreichsten. Wenn man allerdings in den VA2026 blickt, kann von Anpassung an veränderte Bedingungen keine Rede sein. Ein zukunftsfittes Budget unter gegebenen Voraussetzungen schaut anders aus. Zum Vergleich Dornbirn: die Stadt hat eine mehr als dreimal so hohe Budgetsumme wie Lustenau. Erhöht ihren Schuldenstand jedoch nur um 1,6 Millionen Euro. Wir erhöhen unseren Schuldenstand um 17,1 Mio. Würde Dornbirn ihre Schulden analog zur Budgetsumme in gleichem Umfang steigern wie Lustenau, läge die Erhöhung bei sage und schreibe 53,5 Mio Euro! Aufgrund einer verantwortungsvoller Budgetpolitik erhöhen sie aber nicht um 53 Mio sondern um lediglich um 1,6 Millionen. Das verdeutlicht einmal mehr die verheerende Budgetpolitik von Lustenau.

Der Dornbirner SPÖ-BM Fäßler kommentiert das Dornbirner Budget so: „Es wird sich jetzt auf die Schnelle, und das hätte ich gerne gehabt, ein Feuerwehrhaus Hatlerdorf nicht ausgehen. Das wurde etwas nach hinten verschoben. Oder etwas, für das ich mich sehr eingesetzt habe, der Kunstrasenplatz bei der Admira, der wird sich leider nicht ausgehen. Auch die angekündigte Genusshalle beim „Kleiner Luger“-Areal wird weiter auf sich warten lassen“, bedauert Bürgermeister Markus Fäßler (SPÖ) bei der Budgetpräsentation. Den aufmerksamen Zuhörer:innen unter ihnen werden Worte wie „wird sich nicht ausgehen“, „verschoben“, „auf sich warten lassen“ aufgefallen sein. Diese Wörter sollten auch wir ganz dringend in unseren Budget-Wortschatz aufnehmen!

Wir alle wissen, dass es in einer Koalition üblich ist, dass neben den Wünschen und Vorstellungen der eigenen Partei auch jene des Koalitionspartners Berücksichtigung finden. Der VA 2026 zeigt - wie schon erwähnt – besonders bei den Ermessensausgaben und hier insbesondere beim Sport, die klaren Präferenzen der Koalition aus ÖVP und FPÖ.

Dass der Sport – besonders der Fußball – eine zentrale Rolle im Leben vieler Menschen spielt, steht für uns außer Frage. Auch ich habe viele Jahre in der Regionalliga West Fußball gespielt und beim Aufstieg in die zweithöchste österreichische Bundesliga Trainingszeiten auf Kunstrasenplätzen gehabt. Auch wenn ich damals für SW Bregenz gespielt habe, weil Frauenfußball in Lustenau noch ein Fremdwort war, weiß ich aus jener Zeit noch sehr gut: Sport verbindet, fördert Gesundheit, die Gemeinschaft und den Teamgeist. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeindelebens, und es ist richtig und wichtig, dass Sportvereine

unterstützt werden. Genau diese Selbstverständlichkeit der Förderung wünschen wir uns auch für unsere Kultur- oder Jugendvereine. Denn während im Sport (und hier besonders bei der Infrastruktur) weiter kräftig investiert wird, wurde bei der Kultur deutlich stärker der Rotstift angesetzt. Dabei ist unser gesellschaftliches Leben untrennbar mit dem kulturellen Leben verbunden. Fast jeder feierliche oder gemeinschaftliche Anlass in unserer Gemeinde wird ganz selbstverständlich kulturell begleitet – meist musikalisch. Denken wir allein an das heurige Jahr: an die konstituierende Sitzung, an die Erstkommunion, an den Markt der Kulturen, das Szene Open Air, den Stundenlauf, die Kilbi, die Gefallenenehrung, die Ständli für die vielen Jubilare unserer Gemeinde oder den Chrschttkendlimarkt. All diese Veranstaltungen wären ohne den Beitrag unserer Kulturvereine nicht vorstellbar.

Es ist für uns als Gesellschaft völlig selbstverständlich, dass Musikvereine, Trachtengruppe oder andere Kulturvereine bei diesen Anlässen den festlichen Rahmen schaffen und damit wesentlich zur Identität und zum Zusammenhalt unserer Gemeinde beitragen.

Ein Verein in Lustenau hat sich in den letzten Jahren in ganz besonders bemerkenswerter Weise für den Zusammenhalt in Lustenau eingesetzt: Das W*ORT. Das Engagement und das Wirken vom W*ORT wurde vor wenigen Wochen völlig verdient mit dem österreichischen Staatspreis ausgezeichnet.

Doch auch diese Leistungen fallen nicht vom Himmel. Auch Kultur braucht gute Rahmenbedingungen: geeignete Räume, Instrumente und Ausrüstung, Trachten und Uniformen – und nicht zuletzt eine finanziell abgesicherte Jugendarbeit, die dafür sorgt, dass diese wertvolle Tradition auch in Zukunft weitergeführt werden kann.

Wenn man betrachtet, wie oft unsere Kultur- und Jugendvereine im Laufe eines Jahres mit der Bevölkerung in Kontakt treten, wie präsent sie bei unterschiedlichsten Anlässen sind und wie viele Menschen sie bei diesen Anlässen erreichen, dann können sie mit den Besucherzahlen großer Sportvereine durchaus mithalten. Es geht nicht darum, den Stellenwert des Sports zu schmälern. Es geht darum, anzuerkennen, dass Sport und Kultur gleichwertige Säulen unseres Gemeindelebens sind, denen auch im Budget den gleichwertigen Stellenwert beigemessen werden muss. Wer im Sport zu Hause ist, weiß nur zu gut, dass es eine Ausgewogenheit zwischen Gewinnen und Verlieren geben muss, damit die Freude und das Engagement erhalten bleiben. Eine Gemeinde lebt nicht nur von Toren und Tabellen, sondern auch von Musik, Tradition und Begegnung. Kultur ist kein nettes Beiwerk – sie ist Herzstück unseres Zusammenlebens.

Ich möchte noch einmal klar festhalten: Es geht nicht darum, dem FC die notwendige Sanierung vom Holz abzusprechen, dem Tennisclub gute Trainingsbedingungen zu verwehren oder die dringend erforderliche Dachsanierung der Turnerschaft Jahn infrage zu stellen. Jeder dieser Vereine hat völlig zu Recht seine eigenen Interessen vertreten und sich für bestmögliche Bedingungen eingesetzt. Dieses Engagement der Funktionär:innen sowie der Mitglieder ist legitim und verdient unseren Respekt, weil sie Verantwortung für die Gemeinschaft, die Jugend und das Vereinsleben übernehmen. Unsere Aufgabe als Politik ist es jedoch, eine nachhaltige und verantwortungsvolle Budgetpolitik im Sinne aller Lustenauerinnen und Lustenauer zu gewährleisten. Diesen Anspruch sehen wir im vorliegenden Budget für das Jahr 2026 leider nicht erfüllt. Aus diesem Grund werden wir dem vorliegenden Voranschlag unsere Zustimmung nicht erteilen.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei Mag. Klaus Bösch stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde, die sich tagtäglich zum Wohle Lustenaus einsetzen, herzlichst bedanken.

Mein Dank gilt auch all jenen, die sich außerhalb des Rathauses in irgendeiner Art und Weise für das Wohle Lustenaus engagieren: In den Bildungseinrichtungen, in den Seniorenhäusern, in den vielen Lustenauer Betrieben, in den Blaulichtorganisationen, bei den unzähligen Vereinen, bei den Menschen, die sich um eine gute Nachbarschaften bemühen und jenen, die sich für ein friedvolles Zusammenleben aller Menschen einsetzen. Nur Dank eurer Arbeit und eurem Engagement wird Lustenau das, was es ist: eine unverwechselbare und lebenswerte Gemeinde am Rhein!

In diesem Sinn wünsche ich allen erholsame und besinnliche Feiertage und für 2026 Gesundheit, Zuversicht und ganz besonders ein friedliches Miteinander!